

89 Fragen an Werner Stohler

Grüne: Vergleich auf Augenhöhe notwendig

In anderthalb Tagen verwarf die städtische Verwaltung die von Dr. Heiner Geißler und Eisenbahn-Experte Werner Stohler ins Spiel gebrachte Kombi-Lösung SK2.2. Viele der Ablehnungs-Argumente waren und sind bisher nicht abschließend geklärt. Zu schnell, zu oberflächlich:



Bündnis 90/Grüne im Rat

So die Einschätzung der grünen Ratsfraktion zum Vorgehen des Oberbürgermeisters.

Per Antrag erbat man die Möglichkeit, dass Werner Stohler SK 2.2 ausführlich im Ausschuss für Umwelt und Technik vorstellt.

Erfreulicherweise wurde dem stattgegeben; nicht jedoch ohne Herrn Stohler einen tendenziösen Fragenkatalog mit

auf den Weg zu geben. Dieser sei doch bitte zu beantworten. Selbstverständlich schriftlich.

Einige Fragen zeigen Verständnis für die Anforderungen an einen modernen und leistungsfähigen Bahnhof. Andere hätten wir auch gerne zu Stuttgart 21 beantwortet. In seiner Einladung betont der Oberbürgermeister den Abwägungsprozess aus dem Jahr 1997, aus dem Stuttgart 21 als Sieger hervorgegangen sei.

Risiken bei S 21

Die bessere Wirtschaftlichkeit, die Höhe der Grundstückserlöse und ein neuer Stadtteil, geringere Unterhaltskosten, höhere Leistungsfähigkeit und Flexibilität wurden ins Feld geführt.

Jahrelange sachliche Aufklärungsarbeit der Projekt-Gegner, Schlichtungsverfahren und Stresstest zeigen eine andere Faktenlage. Heute liegen die offiziellen Kosten von Stuttgart 21 um 70 Prozent über den 1997 genannten Zahlen, Risiken von über einer Milliarde Euro sind bekannt.

Die Erlöse aus den Grundstückverkäufen sind unsicher. Die Mär von Leistungsfähigkeit und Flexibilität wurde durch Schlichtung und Stresstest erschüttert.

Wenn beide Konzepte Gleichbehandlung erfahren sollen, wären Antworten zu Stuttgart 21 nicht minder interessant. Selbstverständlich schriftlich. Eine „gewerkscharfe Kalkulation“ liegt laut OB ja bereits in der Schublade.

FW: Parkhaus Rote Wand

Das spektakuläre Bauvorhaben eines Mode- und Designcenters auf dem Killesberg ist ins Stocken geraten. Das Areal südlich der Straße Am Kochenhof liegt brach. Im Hintergrund schauen kleine Gesteinsformationen der berühmten „Roten Wand“ aus dem Hang, die allerdings nur für den Kenner der Sachlage als solche zu identifizieren sind.

Spritzbeton am Hang

Daneben ist der Hang mit Spritzbeton gesichert, der auch dem Betrachter als Erstes ins Auge sticht. Damit dies alles zur Geltung kommen konnte,

wurde vor Jahresfrist das voll funktionsfähige Parkhaus abgerissen.

Für die Freien Wähler ein Schildbürgerstreich. Als Park-and-Ride-Parkhaus, für Besucher der Tennisanlage am Weihenhof oder des Killesbergparks hätte das Parkhaus noch gute Dienste getan.

Schildbürgerstreich

Oft haben wir Freien Wähler dies angemahnt. Wenn die endgültige Nutzung des Areals klar gewesen wäre, hätte man den Abriss immer noch vollziehen können. Jetzt ist die hochgelobte grüne Fuge ein kleiner Schandfleck am noblen Killesberg.

FDP: 4,6 Millionen

Das lässt aufhorchen: Der Ballungsraum Stuttgart, womit die Kernstadt, Ihre Region und das weitere Umland bis zu 50 Kilometer gemeint ist, zählt nach Angaben des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt 4,6 Millionen Einwohner. Damit befindet sich diese Metropolregion an 22. Stelle unter vergleichbaren Räumen in der Welt. Noch vor Rom, Wien oder Lissabon und vor München, das mit seinem Umland nur 2,9 Millionen hat. Oder vor Hamburg mit 3,3 Millionen.

FDP im Rat

Wir Liberale haben an dieser Stelle immer wieder auf die Bedeutung dieser „Area Stuttgart“ hingewiesen und darauf gedrängt, gerade von der Kernstadt aus, also von der Stuttgarter Verwaltung aus, alles zu tun, um dieser „geballten Kraft“ Wirkung zu verleihen.

Keine Eifersüchteleien

Da bleibt noch viel zu tun. Mehr Zusammenarbeit in der Region ist nötig. Kleingeistige Verletzlichkeiten und Eifersüchteleien untereinander sollten tunlichst vermieden werden.

Autofreier Ehrenhof

CDU: Nutzungskonzept für den Schlossplatz endlich umsetzen

Der Schlossplatz in Stuttgart gilt als einer der schönsten Plätze Europas. Zu Recht kommt die Stadt zu diesem Urteil und präsentierte im vergangenen Jahr ein mit dem Land abgestimmtes „Nutzungskonzept für



CDU im Rat

Veranstaltungen auf dem Schlossplatz“, das vom Gemeinderat ohne Einwände zur Kenntnis genommen wurde.

Eines der Ziele, das mit dem gemeinsam erarbeiteten Konzept erreicht werden soll, formuliert glasklar für den Innenhof des Neuen Schlosses: „Der Ehrenhof ist keine Parkfläche.“ Im Oktober jährt sich das Inkrafttreten des Nutzungskon-

zepts zum ersten Mal, ohne dass dieses Ziel auch nur ansatzweise erreicht worden wäre“, stellt Stadtrat Jürgen Sauer fest. Mehr noch: Der Ehrenhof des Neuen Schlosses, das als architektonisches „Schmuckstück“ eine herausragende Bedeutung für den schönsten Platz unserer Stadt habe, werde weiterhin täglich, so Jürgen Sauer, von Autos der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zweier Ministerien zugeparkt.

Sonderregelung möglich

In einem Antrag macht die CDU-Fraktion nun deutlich, dass sie nicht mehr bereit ist, diesen Zustand weiter hinzunehmen. Sie fordert die Stadt-

verwaltung zu Gesprächen mit dem Land auf, um den Innenhof des Neuen Schlosses – wie vor einem Jahr vereinbart – von parkenden Autos zu befreien. „Das heißt nicht, dass es – wie auf dem Schillerplatz vor dem Justizministerium – nicht zu Sonderregelungen im Einzelfall kommen kann, oder der Ehrenhof bei Großveranstaltungen im Neuen Schloss nicht mehr benutzt werden darf“, präzisiert Jürgen Sauer.

Im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Technik sowie im Bezirksbeirat Mitte, so die CDU in ihrem Antrag, solle regelmäßig über den Fortschritt der Gespräche und das abschließende Ergebnis informiert werden.



FDP im Rat

Fünf Minuten nachdem Heiner Geißler und Werner Stohler von sma/Zürich in der Stresstest-Sitzung den Kombi-Vorschlag gemacht hatten, lehnte der Stuttgarter OB diesen in Bausch und Bögen ab. Ähnlich dem Fraktionsvorsitzenden der Landtags-SPD dämmerte ihm aber dann, dass er wohl zu schnell war, zumal die Grünen im Gemeinderat beantragten, Herrn Stohler in den

Echte Schulentwicklung

SPD: Nie waren die Chancen besser

Ein spannendes und hoffentlich erfolgreiches neues Schuljahr beginnt für Schülerinnen und Schüler, für Eltern und Lehrende. Die neuen Mehrheiten in Stadt und im Land haben sich den Bildungsaufbruch auf die Fahnen geschrieben. Die Stadt muss die Bugwelle der dringenden Sanierungen weiter abbauen. Hier wird die SPD im kommenden Haushalt Wort



SPD im Rat

halten. An der Gestaltung der zukünftigen Schullandschaft in Stuttgart – im Rahmen der Schulentwicklungsplanung – wird die SPD die Bürger Stuttgarts beteiligen.

Nicht die Schülerinnen und Schüler müssen sich dem Schulangebot anpassen, sondern die Schulen müssen den Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Die Landesregierung hat mit der Möglichkeit der Gemeinschaftsschulen Wege eröffnet, die vor Ort und in

Zusammenarbeit von Lehrenden, Eltern, Schülerinnen und Schülern gemeinsam beschritten werden können. Ziel soll es sein, dass kein junger Mensch in unserer Gesellschaft verloren geht und die Beteiligten vor Ort gemeinsam für unsere Kinder Verantwortung übernehmen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird die Schulen, die diesen Weg gehen wollen, mit aller Kraft unterstützen und wünscht allen einen guten Start ins neue Schuljahr

SÖS-Linke: 89 Fragen????

Ausschuss für Umwelt und Technik (UTA) einzuladen. Nun hat der Oberbürgermeister Herrn Stohler 89 Fragen vorgelegt, Fragen, die – freundlich formuliert – ob ihrer Sinnhaftigkeit und Dreistigkeit erstaunen lassen.



SÖS und Linke im Rat

Was soll nun der Herr Stohler machen? In der UTA-Sitzung 89 Antworten geben? SÖS und Linke empfehlen: Lieber Herr Stohler, kommen Sie nach Stuttgart, und stellen Sie Ihren Vorschlag einfach nochmals vor.

Die Kontaktdaten der Fraktionen finden Sie im Service-Teil.

Die Seite der Fraktionen

Das Amtsblatt berichtet vor allem über Entscheidungen des Stuttgarter Gemeinderats und über Aktivitäten der Stadtverwaltung. Auf dieser Seite kommen die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften zu Wort. Für den Inhalt der Beiträge auf dieser Seite sind die jeweiligen Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften verantwortlich. Die Kontaktdaten der Fraktionen finden Sie im Service-Teil.